

# ARCHIPEL

Zeitung des Europäischen BürgerInnenforums

## SCHWEIZ

### Zwischen uns keine Grenzen

**Am Samstag, den 16. Juni 2018, fand in Bern aus Anlass des Flüchtlingstages eine gesamtschweizerische Kundgebung unter dem Motto «Zwischen uns keine Grenzen» statt. An die 4'000 Menschen nahmen an ihr teil; mehr als die Hälfte von ihnen waren selbst Geflüchtete.**

Über 60 zumeist kleinere lokale Asyl- und Migrations-Organisationen aus der ganzen Schweiz hatten den Aufruf unterstützt und verbreitet, der von *Solidarité sans frontières* (sosf) lanciert worden war. Die Wahl des Datums für die Kundgebung fiel bewusst auf den Flüchtlingstag, weil in aktiven Kreisen eine weit verbreitete Unzufriedenheit darüber herrscht, dass der offizielle Flüchtlingstag nur als netter multikultureller Begegnungsanlass wahrgenommen wird und zu wenig politische Botschaften damit verknüpft werden. Dementsprechend wurde ein breit gefächertes politischer Forderungskatalog präsentiert. Dieser verlangt eine Abkehr von den unsäglichen Dublin-Ausschaffungen, dem unmenschlichen Nothilfe-Regime, der gefängnisartigen Lagerpolitik und die Beendigung der Kriminalisierung von Geflüchteten und jenen, die sie unterstützen.

Die Anzahl Reden während des Anlasses war rekordverdächtig: Der Demonstrationzug wurde von dreizehn dreiminütigen Reden bestückt. Der Grund dafür war, dass wir bei der Vorbereitung den betroffenen Gemeinschaften aus Eritrea, Afghanistan, Sri Lanka, Kurdistan und anderswo versprochen hatten, eine kurze Redezeit einzuräumen, wenn sie für die Kundgebung mobilisieren würden. Die Rechnung ging auf und so wurde die Demonstration zu einem Schnellkurs für das Verstehen von vielsprachigen Kurzreden. Von den 13 Interventionen waren nur vier von Schweizer:innen und davon nur eine von einem Politiker. So können wir sagen, dass wir der

«anderen Schweiz», derjenigen der farbigen, rechtlosen Minderheiten mit unserer Demonstration eine Plattform gegeben haben.

Den Abschluss der Kundgebung bildete ein Konzert der eritreischen Band «Mesob Band» vor dem Bundesplatz mit mehreren Hundert zumeist jungen Landsleuten, die fröhlich und entschlossen tanzten, sangen und Forderungen Richtung Bundeshaus skandierten. Sie sind in einer besonders schwierigen Situation, denn das SEM (Staatssekretariat für Migration) übt sich in einer erbarmungslosen Neuprüfung von mehr als 3'000 provisorisch Aufgenommenen, um allfällige Rückschaffungen in die Wege leiten zu können. Dem vorausgegangen war der Abschluss eines zweifelhaften Abkommens, das die EU – und in deren Windschatten die Schweiz – mit der äthiopischen

Regierung im März dieses Jahres abgeschlossen hatte. Mit dieser Politik machen Bundesrätin Simonetta Sommaruga und das SEM einen Kniefall vor der rechtsbürgerlichen Mehrheit des Parlaments, das am liebsten alle Flüchtlinge dieser beiden Länder loswerden möchte. Deshalb forderten alle Anwesenden: «Keine Rückschaffungen nach Äthiopien und Eritrea.»

#### Nichts der Regierung überlassen

In seiner Ansprache erinnerte der grüne Nationalrat Balthasar Glättli zu Recht daran, dass kleine Siege in der Asylpolitik hie und da errungen werden können, wenn sich parlamentarischer und ausserparlamentarischer Engagement ergänzen: So konnte ein parlamentarischer Vorstoss, der die Behandlung der Sans-Papiers in der Schweiz um mehrere Jahrzehnte zurückgeworfen hätte, verhindert werden. Diese Motion hätte zur Folge gehabt, dass Schulen die Migrationsbehörden über die Anwesenheit papierloser Kinder hätten informieren müssen und dass Versicherungen sich hätten weigern können, Sans-Papiers aufzunehmen. Mit hartnäckiger Lobbyarbeit in, um und ausserhalb des Parlaments konnte dieser Vorstoss der rechtspopulistischen Schweizerischen Volkspartei (SVP) zum Glück für das Erste verhindert werden.



Ulla Horhy, Nacht, Zweifel und Erkenntnis I, 1988

AZB 4001 Basel  
Europäisches BürgerInnen Forum, 4001 Basel

Hingegen konnte der Erfolg der Kundgebung nicht über die negative Entwicklung des schweizerischen Asylwesens hinwegtäuschen. Zeitgleich mit der Demonstration legte das Rettungsschiff Aquarius nach einer einwöchigen Irrfahrt durchs Mittelmeer mit seinen über 600 Geflüchteten an Bord in Valencia in Spanien an. Die offizielle Schweiz hüllte sich in vornehmes Schweigen – ein Angebot zur solidarischen Aufnahme einer Gruppe dieser leidgeprüften Menschen wurde nicht einmal erwogen. Die hiesige Asylpolitik geht mit den europäischen Verschärfungen einher, die zum Ziel hat, über die Aufnahme von Flüchtlingen in Zukunft in ihren Herkunftsregionen zu entscheiden. Die Verlegung der Aussengrenze Europas nach Nordafrika schreitet beständig voran und die Schweiz macht aktiv mit.

So berichtete die Fernseh-sendung «Mise au point» in der französischen Schweiz am Sonntag, den 10. Juni, über eine Delegation vom SEM, die im Niger achtzig «besonders verletzte» Geflüchtete für ein «Resettlement» in der Schweiz aussuchen sollte. Die Schweiz

lobte sich im vergangenen November, dass sie Geflüchtete den Krallen libyscher Schlepper entrisen hätte. Die Menschen wurden anschliessend in den Niger, in eines der ärmsten Länder Afrikas, gebracht – in Lager, denen sie nur entkommen können, wenn sie bei schweizerischen Expert-innen vom SEM genügend Mitleid erwecken. Die Mission selbst, aber auch der Bericht machen uns reichlich perplex. 80 Personen wer-

den in einer sorgsam mediatisierten Operation aus dem Niger geholt, während die Polizei in der Schweiz täglich in Flüchtlingsunterkünfte einfällt, Familien auseinanderreisst und die Menschen in andere europäische Länder oder sonst wohin ausschafft. Wie viele Ausschaffungen gibt es wohl im Gegenzug zu diesen achtzig Relokalisierungen?

Claude Braun, EBF und Sosp

## Auszüge aus drei Reden

### Neda Amiri, eine junge Afghanin

Wieso eigentlich die Menschen aus ihren Ländern fliehen, ist für viele auf diesem Kontinent noch unklar. Für die Politiker-innen sind Begriffe wie «Gewalt, Diskriminierung und Krieg» sehr fremd. Das ist etwas, das sie im Fernseher und in einer Zeitung lesen, aber sie reagieren nicht, sondern sie verschärfen die Asylpolitik an den Schwächsten im Land. Wenn wir z.B. über die Tötung von Tausenden von Menschen in Kriegsländern sprechen, kann man die Zahl der Opfer kaum richtig verstehen, da sie sehr gross ist. Wie viele dort getötet werden, dafür interessiert sich niemand.

Einige Menschen sind in die Schweiz gekommen, wo sie Schutz suchen. Doch sie werden hier nicht als Flüchtlinge anerkannt; die meisten bekommen einen negativen Entscheid oder nur eine vorläufige Aufnahme. Nachdem sie bei den Empfangszentren ein-

Asylgesuch beantragen, müssen sie Monate und sogar Jahre warten, bis sie vom SEM einen Asylentscheid bekommen. Diese Wartezeit ist, zusätzlich zu ihrer «Reise», traumatisierend für sie; oft werden sie psychisch krank, da sie sich in der schweizerischen Gesellschaft nicht integrieren dürfen. (...) Sie teilen sich einen kleinen Schlafraum zusammen mit anderen geflüchteten Menschen in einem Zentrum oder in unterirdischen Anlagen, wo man keine Privatsphäre hat. Die Türen der Zimmer sind immer offen. (...) Es ist unerträglich, dass das Leben von tausenden geflüchteten Menschen von der Entscheidung der Personen abhängt, die ihnen gerade eben nicht glauben möchten. Wir fordern für alle Menschen in der Schweiz ein gleichberechtigtes und menschliches Leben!

### Balthasar Glättli, grüner Nationalrat

(...) Ich habe ein anderes Bild von der Demokratie als es die selbsternannte Volkspartei hat. Demokratie heisst für mich: Betroffene zu Beteiligten machen. Und eine Demokratie, welche einem Viertel der Menschen hier in der Schweiz keine Stimme gibt, das ist keine Musterdemokratie. Eine Demokratie, welche meint, dass eine Mehrheit der Minderheit gar die Grundrechte wegnehmen darf, dass eine Mehrheit den Schutz der Einzelnen vor staatlicher Willkür aufheben darf: das ist keine liberale Demokratie, sondern Tyrannei der Mehrheit. Mein Ideal der Politik ist nicht die Ausgrenzung derer, die nicht dazugehören, durch diejenigen, die dazugehören. Demokratie als Ideal der Politik, das ist nicht die Diktatur einer Mehrheit über eine Minderheit. Demokratie als Ideal der Politik, das ist nicht, wenn sieben Füchse und eine Gans darüber abstimmen, was es zu essen gibt. Nein. Politik findet dann statt, so möchte ich mit Jacques Rancière sagen, wenn

das blosses Ritual der Demokratie gebrochen wird, wenn jene, die keinen Platz am Tisch haben, ihren Platz einfordern. Wenn jene, die keine Stimme im Rund haben, gehört werden wollen. Das waren in der Geschichte der Demokratie die Besitzlosen, die Sklaven, die Frauen, die Fremden. Darum fordern wir hier und heute auch einen neuen politischen Raum ein. Eine Gemeinsamkeit in aller Vielfalt. Ein WIR, welches das Gegenüber umarmt, das wächst an der Vielfalt und seine Kraft nicht daraus schöpft, dass es andere ausgrenzt, in Lager sperrt und ins Elend drängt. Zwischen uns keine Grenzen!

### Ulrike Minkner, die Vizepräsidentin von *Uniterre*

Wir Bäuerinnen und Bauern von *Uniterre* sind heute hier mit euch, um unserer Wut Ausdruck zu verleihen. Wir sind wütend über die Art und Weise, wie Flüchtlinge hier in der Schweiz und in Europa behandelt werden. Wir sind wütend, weil wir die Ursachen der Fluchtbewegungen kennen. Die humanitären Katastrophen sind gemachte Katastrophen. Die Menschen auf dem Land, die Frauen und Kinder sind davon besonders betroffen. Es geht um Macht, um Bodenschätze, Land und Wasser – und es geht um den strategischen Zugang zu all dem. Wir Bäuerinnen und Bauern von *Uniterre* sind Mitglied von *Via Campesina* und wir verurteilen auch das Vorgehen gegen unsere Kolleginnen und Kollegen auf das Schärfste, die versuchen, Menschen in Not zu helfen. Niemand sollte kriminali-

siert werden in der Europäischen Union, welche 2012 den Friedensnobelpreis erhalten hat. Während Kapital und Waren frei in ganz Europa herumreisen können, werden Menschen diskriminiert und kriminalisiert. Das wollen wir von *Uniterre* und *Via Campesina* nicht länger tolerieren. So wie Seefahrerinnen und Fischer gekenterten Menschen auf See helfen, so haben wir die Aufgabe, dies auf dem Festland zu tun. Wir zeigen heute auch unsere Solidarität mit Cédric Herrou, einem französischen Bauern, der vier Monate lang inhaftiert wurde, weil er 200 papierlosen Migrant-innen geholfen hatte. Und wir sind schockiert über den Mord an Soumaila Sacko in der Region Rosarno in Süditalien am 4. Juni. Er war Saisonarbeiter und militanter Vorkämpfer für die Rechte der papierlosen Tagelöhner. Wir wissen, dass die industrielle ausbeuterische Agri-industrie solche Morde in Kauf nimmt und dass der aktuelle Kurs der italienischen Regierung und die neoliberale Politik in Europa solche Morde provozieren. Wir fordern deshalb den Stopp der industriellen Produktion und der Sklaverei auf den Feldern von Rosarno und anderswo. (...) Um diesen Anliegen hier in der Schweiz einen Schub zu verleihen, haben wir die Möglichkeit für die Initiativen für Ernährungssouveränität und für *Fair-food* an der Urne ein klares Zeichen zu setzen. Wir wollen, dass sie angenommen werden und fordern Euch deshalb alle auf, am 23. September zwei Mal JA zu stimmen.

## Archipel

### Monatszeitung des Europäischen BürgerInnenforums

Juli 2018 - Nr. 272

#### Jahresabonnement:

11 Nummern, 60 sFr; 40 Euro  
Verlag, Herausgabe, Herstellung,  
Redaktion: Europ. BürgerInnenforum  
Verantwortliche Redakteurinnen:  
Joëlle Meunier, Constanze Warta  
Druck: Ropress Zürich  
forumcivique.org

#### Europäisches BürgerInnenforum Schweiz:

Postfach 1848, CH-4001 Basel  
Tel: 0041/61 262 01 11  
ch(a)forumcivique.org

#### Österreich:

Lobnik 16  
A-9135 Eisenkappel/Zelezna Kapla  
Tel: 0043/42 38 87 05  
at(a)forumcivique.org

#### Deutschland:

Hof Ulenkrug, OT Stubbendorf  
D-17159 Dargun  
Tel: 0049/39 959 23 881  
de(a)forumcivique.org

#### Frankreich:

St. Hyppolite  
F-04300 Limans  
Tel: 0033/4 92 73 05 98  
fr(a)forumcivique.org

#### Ukraine:

vul. Peremogi 70  
UKR-90440 Nijne Selischtsche  
Tel: 00380/31 42 512 20  
ua(a)forumcivique.org

## MALI

# Landkämpfe in Mali

Im Jahr 2015 hat sich im *Office du Niger* in Mali die bäuerliche Basisgewerkschaft COPON (*Coordination des Paysans à l'Office du Niger*) gegründet. Derzeit kämpft die COPON um den Erhalt von 200 Hektar Land – *Afrique-Europe-Interact* (AEI) und das Europäische BürgerInnenforum unterstützt sie dabei.

Das *Office du Niger* ist ein Gebiet, das 270 Kilometer nordöstlich von der malischen Hauptstadt Bamako liegt. Bereits seit über 80 Jahren werden bäuerliche Haushalte in dieser Region seitens staatlicher Behörden regelrecht malträtirt – ein Umstand, der mit der besonderen Geschichte des *Office du Niger* zu tun hat, das zu

den ältesten, grössten und teuersten Entwicklungsprojekten in Westafrika gehört:

Zwischen 1932 und 1947 liess die französische Kolonialmacht unter Rückgriff auf tausende Zwangsarbeiter-innen den Markala-Staudamm errichten, wodurch der Niger aufgestaut und die Möglichkeit geschaffen wurde,

mittels eines weit verzweigten Kanalsystems eine riesige Fläche in der eigentlich staubtrockenen Sahelzone zu bewässern. Geplant war ursprünglich der Anbau von Baumwolle für die französische Textilindustrie sowie von Reis für die französischen Kolonien in Westafrika – und zwar auf einem Gebiet von 18'500 Quadratkilometern, das zwei Drittel der Fläche des heutigen Belgien entsprochen hätte. Doch die gigantomanischen Pläne sollten scheitern: Die Wartung des Kanalsystems war kaum zu bewältigen, das Klima entpuppte sich als ungeeignet für den Anbau von Baumwolle und ein Drittel der gegen ihren Willen angesiedelten Bauern und Bäuerinnen verliess das *Office du Niger* wieder, nachdem die Zwangsarbeit 1946 offiziell abgeschafft wurde. Zum Ende des Zweiten Weltkrieges waren gerade mal 50 Quadratkilometer erschlossen, zudem musste der Anbau von Baumwolle eingestellt werden.

Gleichwohl pumpfte Frankreich weiterhin enorme Geldsummen in das Projekt: bis zum Ende der Kolonialzeit circa 175 Millionen US-Dollar, während die zu Französisch-Westafrika gehörige Kolonie «Soudan» (das heutige Mali) gerade mal 1,2 Millionen Dollar jährlich erhalten hatte. Darüber hinaus sollte sich auch das despotische Regime gegenüber den Bauern und Bäuerinnen fortsetzen – auch nachdem Mali 1960 die Unabhängigkeit erlangt hatte: Sowohl unter dem sozialistischen Präsidenten Modibo Keita (1960-1968) als auch unter dem Militärdiktator Moussa Traoré (1968-1991) sahen sich die bäuerlichen Haushalte mit Zwangsbewirtschaftung konfrontiert – einschliesslich einer äusserst repressiven Wirtschaftspolizei, die dafür sorgte, dass die Bauern und Bäuerinnen die penibel vorgeschriebenen Produkte ausschliesslich über staatliche Vertriebswege absetzten. Auf Druck von IWF und Weltbank ist es seit 1978 zu einem umfassenden administrativen und technischen Neuanfang im *Office du Niger* gekommen. Geblieben ist allerdings das kommandowirtschaftliche System. Drei Aspekte seien stellvertretend hervorgehoben:

### Die Landverteilung

Erstens haben, trotz permanenten Bevölkerungswachstums, tausende Familien in den letzten drei Jahrzehnten keine zusätzlichen Ackerflächen seitens der Verwaltung des *Office du Niger* erhalten – mit der Konsequenz, dass die durchschnittlichen Brachezeiten von 15 Jahren in den 1970er Jah-



Ferran Garcia Sevilla, *Ferne Musik oder Doppelstimme*, 1981

ren auf mittlerweile 0 bis 2 Jahre zusammenschmolzen und die Erträge pro Hektar dementsprechend gesunken sind. Zusammen mit hohen Dünger-, Wasser- und Saatgutpreisen führt dies zu dramatischen, auch aus anderen Weltregionen hinlänglich bekannten Verschuldungsspiralen. Zweitens werden die ohnehin prekären Bodenverhältnisse im *Office du Niger* zusätzlich dadurch verschärft, dass die Behörden Land entschädigungslos konfiszieren können, sobald die Nutzerinnen mit der Wasserrechnung in Verzug geraten sind. Dieser bei Bedarf auch mit Gewalt durchgesetzte Verwaltungsakt geschieht unabhängig davon, ob das Land seit 5, 10 oder 30 Jahren bestellt wurde. Ebenfalls keine Rolle spielen die Gründe des Zahlungsverzugs – ganz gleich, ob Schädlingsbefall aufgetreten ist oder die zentral erwarteten Abflusskanäle verstopft waren und die gesamte Reisernte im nicht abgeflossenen Wasser vergammelt ist. Bemerkenswert ist zudem, dass beschlagnahmte Flächen häufig nicht in den allgemeinen Landpool zurückfliessen. Vielmehr reissen sich immer wieder korrupte Mitarbeiterinnen des *Office du Niger* das Land selbst unter den Nagel, gemeinhin, um es informell an landlose Bauern und Bäuerinnen weiterzuverpachten.

Drittens hat die malische Regierung auf Druck der Weltbank und anderer internationaler (Finanz-) Akteure seit 2003 im *Office du Niger* mindestens 540'000 Hektar Boden an Grossinvestoren verpachtet und über weitere 379'000 Hektar Vorverträge abgeschlossen (Stand: Mai 2011) – mit der durchaus zutreffenden Begründung, dass dem malischen Staat die finanziellen Mittel fehlen würden, das Land selbst mit Kanälen

zu erschliessen. Offiziell erfolgen derartige Pachtverträge ausschliesslich auf ungenutztem Land oder im Zusammenhang mit Umsiedlungen, doch de facto haben bereits tausende Bauern und Bäuerinnen ihre landwirtschaftlichen Flächen entschädigungslos verloren. Ausserdem sind die Durchzugswege der im *Office du Niger* äusserst zahlreich vertretenen Viehhirten stark beschnitten worden.

### Wirksame Aktionen

Spätestens vor diesem Hintergrund dürfte es kaum überraschen, dass die COPON seit ihrer Gründung vornehmlich mit Land- und Wasserfragen zu Gange ist – und das mit durchaus beachtlichen Erfolgen. So galt bis vor zwei Jahren der 31. März als unverrückbarer Stichtag für das Fälligerwerden der Wasserrechnung. Heute hingegen gewährt die Verwaltung des *Office du Niger* in aller Regel einen Zahlungsaufschub bis Ende Juni, was die COPON in erster Linie auf ihre zahlreichen öffentlichkeitswirksamen Aktionen zurückführt – diese in aller Regel zusammen mit *Afrique-Europe-Interact*<sup>1</sup>. Denn angesichts des Umstandes, dass islamistische Gruppen mittlerweile auch im *Office du Niger* erheblich an Stärke gewonnen haben, lassen die malischen Behörden derzeit nichts unversucht, soziale Proteste auszubremsen – sei es durch Zugeständnisse wie im Falle der Wasserrechnung, Repression oder eine Mischung aus beidem.

Und letzteres wiederum verweist auf einen Konflikt, der die COPON seit Januar 2017 in Atem hält. Völlig überraschend hat damals die Verwaltung des *Office du Niger* der COPON 200 Hektar Land zugesprochen. Was auf den

ersten Blick wie ein grosser Erfolg aussieht, führte allerdings rasch zu ernsthaftem Streit: einerseits, weil sich die Frage stellte, welche Mitglieder der COPON von den 200 Hektar Land profitieren sollten. Andererseits, weil Landzuteilungen im *Office du Niger* üblicherweise mit einer hochgradig voraussetzungs-vollen Bedingung einhergehen: Danach müssen Pächterinnen grösserer Flächen das ihnen zugewiesene Land auf eigene Kosten an das allgemeine Kanalsystem anschliessen, was im Falle der 200 Hektar selbst in der kostengünstigsten Variante rund 150'000 Euro kosten würde. Kurzum: Die 200 Hektar Land entpuppten sich schon bald als trojanisches Pferd, mit der offenkundigen Zielsetzung der Behörden, die COPON von innen heraus zu schwächen.

### Eine gemeinsame Strategie

Das ist der Grund, weshalb im Februar 2018 Vertreterinnen der COPON zusammen mit Aktivistinnen von *Afrique-Europe-Interact* aus Bamako und Europa eine einwöchige Delegationsreise durch all jene Dörfer im *Office du Niger* gemacht haben, in denen Mitglieder der COPON leben – und zwar mit der erklärten Zielsetzung, eine gemeinsame Strategie hinsichtlich der 200 Hektar zu entwickeln. Insgesamt waren dabei lange und zum Teil äusserst komplizierte Diskussionsprozesse zu durchlaufen, auch deshalb, weil die COPON-Vertreterinnen eines in der Nähe der 200 Hektar gelegenen Dorfes das gesamte Land für sich reklamiert hatten. Gleichwohl stand am Ende ein vorläufiger Fahrplan: Dieser lautete, dass *Afrique-Europe-Interact* zunächst einmal 12'000 Euro für die Umwelt- und Sozialverträglichkeitsprüfung aufbringen würde (bzw. dies mit Unterstützung des Europäischen BürgerInnenforums bereits getan hat), sind doch beide Prüfungen Voraussetzung dafür, einen wirklich verbindlichen Pachtvertrag für die 200 Hektar zu erhalten. Sodann soll schrittweise geklärt werden, in welchen Etappen *Afrique-Europe-Interact* wieviel Geld für die weitere (zumindest teilweise) Erschliessung des Landes mit Kanälen organisieren kann – wobei hinzugefügt sei, dass die Felder natürlich auch im Regenfeldbau bearbeitet werden können, dann allerdings nur einmal im Jahr während der Regenzeit.

Ob diese Strategie erfolgreich sein wird, ist zum jetzigen Zeitpunkt noch offen – nicht zuletzt, was die endgültige Verteilung des Landes unter den im Umfeld der 200 Hektar lebenden COPON-Mit-

gliedern betrifft. Doch eines ist bei den Gesprächen mit den Bauern und Bäuerinnen unmissverständlich deutlich geworden: Angesichts des allgemeinen Landmangels erschien es allen Betroffenen buchstäblich frevlerisch dem eigenen Leben bzw. der eigenen Familie gegenüber, auch nur einen Gedanken an die Frage zu verschwenden, ob es nicht besser wäre, auf die 200 Hektar ganz zu verzichten (bevor die COPON an den damit verknüpften internen Auseinandersetzungen zerbrechen könnte). Entsprechend hat sich *Afrique-Europe-Interact* bereit erklärt, das Risiko anzunehmen und mit 12'000 Euro in Vorleistung zu gehen. Denn sollte die Angelegenheit positiv enden, würden mindestens 100 Familien eine sichere Existenz erhalten, was

nicht nur in humanitärer Hinsicht ein phänomenaler Erfolg wäre. Vielmehr würde dies auch die Botschaft an andere Bauern und Bäuerinnen enthalten, dass sich gewerkschaftliche Selbstorganisationsprozesse durchaus lohnen. Denn dass der COPON überhaupt Land zugeteilt wurde (entgegen der üblichen Praxis, allenfalls finanzstarken Investoren grössere Flächen zu überlassen), ist ja Ausdruck davon, dass die COPON durch ihre öffentlichkeitswirksamen Aktionen mittlerweile ein nicht mehr ignorierbarer Faktor im *Office du Niger* darstellt.

Olaf Bernau, *Afrique-Europe-Interact*

1. Die verschiedenen Aktionen werden auf der Homepage von AEI beschrieben: [www.afrique-europe-interact.net](http://www.afrique-europe-interact.net)

## KONGO

# Das Kongo Tribunal

**Der Schweizer Theaterregisseur Milo Rau initiierte das Kongo Tribunal, das sich zum Ziel setzt, die massiven Menschenrechtsverletzungen in der ostkongolesischen Provinz Kivu aufzuarbeiten. Nun soll daraus eine permanente Institution werden: eine Gruppe von kongolesischen und europäischen Jurist-inn-en, Menschenrechtsaktivist-inn-en und Journalist-inn-en führt den Kampf gegen die Straflosigkeit weiter. 1. Teil.**

Der Menschenrechtsanwalt Sylvestre Bisimwa lebt und arbeitet in der ostkongolesischen Stadt Bukavu. Er nahm im Film über das Kongo Tribunal die Rolle des Untersuchungsrichters ein. Im Interview mit Alexander Behr spricht er über sein Engagement gegen die Wirtschaftsverbrechen in seiner Heimat und über die nächsten Schritte, die mit dem Kongo Tribunal geplant sind.

### Herr Bisimwa, wo steht der Prozess, den Sie mit dem Kongo Tribunal angestossen haben?

Die erste Etappe war natürlich die Durchführung des Tribunals selbst sowie die Produktion des dazugehörigen Films. In Bukavu organisierten wir während drei Tagen Anhörungen, danach folgten die Anhörungen in Berlin. Nachdem die Schnitarbeiten beendet waren, lief der Film in Bukavu und an vielen Orten in Europa. Was ist nun das Essenzielle an unserem Projekt? Es steht ausser Zweifel, dass das Kongo Tribunal eine reine Fiktion darstellt – doch das

Problem, das Milo Rau aufgeworfen hat, ist real – und es ist universell. Unser Projekt behandelt die Situation im Ost-Kongo. Doch es hätte in einem beliebigen unterentwickelten Land des Südens stattfinden können, etwa in Nicaragua oder auf den Philippinen. In unserem Prozess werden nämlich zwei Probleme behandelt, die in einer Vielzahl von armen Ländern auftreten und die strukturell bedingt sind: Erstens die Verantwortungslosigkeit der lokalen Behörden gegenüber ihren eigenen Bürgerinnen und Bürgern. Dies betrifft die Frage der Straflosigkeit bei Menschenrechtsverletzungen sowie die Frage der ungerechten Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums. Zweitens geht es um die Passivität der Internationalen Gemeinschaft und die fatale Logik der globalen Warenströme. Beide Aspekte sind im Kongo äusserst virulent – Milo

Rau war schockiert darüber, was sich im Kongo abspielt und beschloss, etwas zu tun.

### Wie haben Sie Milo Rau kennengelernt?

Das ist eine wirklich lustige Geschichte. Ich lernte Milo Rau und sein Team über eine Freundin kennen. Man stellte ihn mir vor und erklärte ihm, dass ich Anwalt und Menschenrechtsaktivist sei. Am nächsten Morgen kam er zu mir und fragte mich, ob ich in seinem Film mitspielen wolle. Zu Beginn hatte ich den Eindruck, dass es sich um nichts Ernsthaftes handelte – ein fiktives Tribunal, so dachte ich, könne die Verhältnisse im Kongo nur in Form einer Parodie darstellen. Ich stellte mir so etwas wie ein Theaterstück vor. Bei solch einer Komödie wollte ich nicht dabei sein. Ich sagte ihm, dass ich kein Schauspieler sei und gab ihm eine Reihe von Adressen von Personen, von denen ich dachte, dass sie Interesse haben könnten. Doch Milo blieb hartnäckig und kam mehrere Male wieder. Als ich ihm schlussendlich die Gelegenheit gab, sein Vorhaben von Grund auf zu erklären, war ich von der Sinnhaftigkeit des Projekts überzeugt. Denn meine Arbeit besteht ja darin, für die Menschenrechte im Kongo, sowie für die Errichtung eines funktionierenden Rechtsstaats zu kämpfen. Ich vertrete Folteropfer sowie Frauen, die vergewaltigt wurden. Ausserdem beteilige ich mich an den Aktivitäten der Zivilgesellschaft in meiner Provinz. All diese Elemente fand ich in Milos Projekt wieder. Letztlich habe ich also zugestimmt und zu Milo gesagt, dass wir unsere Zusammenarbeit beginnen

können. Was ich an Milo besonders schätze, ist, dass er mir niemals einen Text gegeben hat, den ich spielen oder aufsagen hätte müssen. Als Teilnehmer kriert man selbst den Text für das Stück. Milo hat ein wirklich gutes Gespür für alle Involvierten; er diktiert keinerlei inhaltliche Positionen – im Gegenteil: Er ermöglicht es den Leuten, sich im Stück entsprechend ihrer Erlebnisse und Erfahrungen frei auszudrücken. Daraus resultiert der Doppelcharakter des Kongo Tribunals: Es handelt sich um Fiktion, aber gleichzeitig um beinharte Realität – denn all diejenigen, die teilnahmen, benannten die Dinge auf die Weise, wie sie diese tatsächlich empfanden; sie drückten sie auf ihre Art aus. Es gab keinerlei Montage oder Verfälschung.

### Welche Reaktionen hat der Film im Kongo bisher ausgelöst?

Im Kongo hat das Tribunal unglaubliche Wellen geschlagen: Denn obwohl es sich, wie gesagt, um Fiktion handelt, sieht man im Film, wie die tatsächlichen Opfer von Gewalthandlungen zu Wort kommen. Ausserdem sprechen politisch Verantwortliche sowie wissenschaftliche Experten. Das Essenzielle war, dass wir allen eine Stimme gegeben haben – die Menschen konnten ihre Meinung in einem geschützten Rahmen frei zum Ausdruck bringen. Die Opfer der Gewalthandlungen konnten sich darauf verlassen, dass es einen Vorsitz, eine Jury und einen Richter gab. Sie konnten sich des Weiteren darauf verlassen, dass die formellen Regeln eines Tribunals eingehalten wurden. Der Film stand auch beispielhaft dafür, wie Gerechtigkeit aussehen könnte. Denn aktuell funktioniert die Gerichtsbarkeit im Kongo ja nur

in Ausnahmefällen – es gibt keine Gerechtigkeit. Durch den Film konnten sich die Zuschauer und Zuschauerinnen ein Bild davon machen, wie die Gerichtsbarkeit in ihrem Land beschaffen sein könnte. Die Menschen warten darauf, dass das Realität wird, was in unserer Inszenierung vorgezeigt wurde.

### Gab es seit dem Beginn der Kongo-Kriege Versuche, ein internationales Strafgericht einzurichten?

Ja. Wir erhofften uns ja bereits vor



Simon Schubert, *Ohne Titel (Die verbotene Reprobation)*, 2007

etlichen Jahren, dass es auf der Basis eines Mapping-Projekts, bei dem zwischen 2003 und 2010 rund 600 Massaker aufgezeichnet wurden, ein internationales Strafgericht für den Kongo geben würde – doch die Vereinten Nationen sind unserer Forderung damals nicht nachgekommen. Die Zivilgesellschaft forderte daraufhin ein Strafgericht, das aus kongolesischen und europäischen Richtern und Anwälten zusammengesetzt sein sollte. Auch diese Forderung hat der kongolesische Staat in den Wind geschlagen. Deswegen sind wir nun zur Tat geschritten: Unser Projekt zeigt modellhaft, wie ein international zusammengesetztes Tribunal tatsächlich aussehen könnte. Kongolesische Richter arbeiten hier Seite an Seite mit ausländischen Richtern, um die Wahrheit ans Tageslicht zu befördern und Gerechtigkeit walten zu lassen. Viele Menschen schlossen sich umgehend unserem Wunsch an, diesen Prozess, den wir mit dem Tribunal begonnen hatten, fortzuführen.

#### **Sprechen wir ein wenig von der aktuellen Situation im Kongo.**

Kabila verschiebt die Wahlen ständig, die politische Krise hat sich auf verschiedene Provinzen ausgeweitet. In Kasai im Zentrum des Landes kommt es immer wieder zu schweren Zusammenstößen zwischen der Opposition und der kongolesischen Armee, hunderttausende Menschen sind geflohen. Im Kivu ist der Krieg ja schon seit Jahrzehnten eine bittere Realität. Es ist sehr schwierig abzuschätzen, was auf uns zukommt. Mit Sicherheit kann gesagt werden, dass die Dinge sich nicht zum Besseren verändern. Es ist offensichtlich, dass die Kreise rund um Kabila die Macht nicht aufgeben wollen, obwohl das Land nicht vorankommt und obwohl die zweite Amtszeit des Präsidenten bereits verstrichen ist. Bereits im Dezember 2016 hätten Wahlen stattfinden sollen. Anstatt jedoch Wahlen abzuhalten, hat Kabila einen Vertrag durchgesetzt, der den Urnengang zunächst auf Dezember 2017 verschob. Doch nun hat er die Wahl um ein weiteres Jahr hinausgezögert. Es ist also vollkommen klar, dass er keine guten Absichten verfolgt – es ist offensichtlich, dass er eigentlich gar keine Wahlen abhalten will.

Die Zivilgesellschaft hält dagegen und wird dabei von der Katholischen Kirche unterstützt. Kabila antwortet auf diesen Widerstand mit gewaltiger Repression. Er hat die Waffen und die entsprechenden Mittel. Wir befinden uns

also in einem Klima der permanenten Konfrontation. Die politische Opposition ist nach dem Tod von Etienne Thisekedi, dem Anführer der grössten Oppositionspartei des Landes, sehr geschwächt – Kabila ist es aber auch gelungen, die oppositionellen Kräfte zu spalten, indem er einige wichtige Personen aus der Partei von Thisekedi kooptiert hat.

#### **Was ist aktuell das Hauptziel der Opposition?**

Neben der Beendigung des Krieges besteht eines der Hauptziele schlicht darin, Wahlen herbeizuführen. Zum momentanen Zeitpunkt ist es keinesfalls sicher, ob der Zeitplan eingehalten wird. Vielleicht erfindet Kabila einen Vorwand, um die Wahlen ein weiteres Mal zu verschieben. Was die Sicherheitslage betrifft, so muss man aktuell feststellen, dass die Lage fast überall unsicher ist. Es gibt Milizen und bewaffnete Gruppen in allen Teilen des Landes. Eine meiner Hypothesen ist, dass sich dahinter eine gezielte Strategie der Regierung verbirgt, die darauf abzielt, das Land zu paralisieren und mittels Durchgriffsrecht des Militärs den Ausnahmezustand auszurufen. Wenn das der Fall ist, können keine Wahlen abgehalten werden. Wir befinden uns also in einer erzwungenen Übergangsphase, von der wir nicht wissen, wie lange sie dauern wird. Wir als Zivilgesellschaft sehen unsere Aufgabe darin, Druck aufzubauen, damit die Wahlen stattfinden können.

#### **Oftmals wird gesagt, dass die östlichen Nachbarländer des Kongo, also Ruanda, Uganda und Burundi gewaltigen Einfluss auf die politische Situation haben, die Sie beschreiben. Trifft dies zu?**

Es stimmt, dass diese Länder einen grossen Einfluss im Kongo haben. Umgekehrt hat auch alles, was im Kongo passiert, Auswirkungen auf die Nachbarländer – unser Land ist ja riesig gross und besitzt ungeheure Reichtümer. Die geostrategische Bedeutung des Kongo ist immens. Die Nachbarländer versuchen also, die Situation im Kongo entsprechend ihrer Interessen zu beeinflussen. Die drei Länder, die Sie genannt haben, stehen Kabila politisch sehr nahe. Dennoch bin ich zutiefst davon überzeugt, dass das Wohl des Kongo von den Kongolesinnen und Kongolesen abhängt. Es liegt also an uns, eine politische Führung einzusetzen, die unser Land voranbringt. Wir sagen oft allzu schnell, dass unser Land von den Nachbarländern manipuliert wird. Doch ich bin davon

überzeugt, dass die Lösung bei uns selbst liegt. Denn es ist schlichtweg absurd, dass unsere politische Klasse angesichts all der Reichtümer, die der Kongo aufweist, nicht in der Lage ist, dafür zu sorgen, dass die Grundbedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger befriedigt werden. Das Problem liegt darin, dass die Bodenschätze ins Ausland transferiert werden oder in den Taschen der kongolesischen Politiker landen. Gleichzeitig sind die Strassen in schlechtem Zustand, es gibt keine funktionierenden Krankenhäuser, es gibt kein gutes Trinkwasser, die Eltern können aufgrund der Arbeitslosigkeit das

Schulgeld für die Kinder nicht bezahlen. Dazu kommt, dass viele Menschen vertrieben werden und flüchten müssen – sei es in Nachbarprovinzen oder Nachbarländer wie z.B. Angola. In der Provinz Ituri und in der Provinz Kasai kommt es aktuell zu massiven Vertreibungen. Wie gesagt: Es ist anzunehmen, dass die allgemeine Unsicherheit im Land von der offiziellen Politik gewollt ist, um den Urnengang hinauszuzögern – die Gewalt ist ein bewusst herbeigeführtes Mittel, um keine Wahlen organisieren zu müssen.

Das Interview führte  
Alexander Behr, EBF Österreich

## DEUTSCHLAND

# Hambacher Forst bleibt!

**Seit 2012 wird der Hambacher Forst, westlich von Köln, von jungen Menschen besetzt, die sich gegen die Zerstörung dieses aussergewöhnlichen, jahrtausende alten «Bürgerwaldes»<sup>1</sup> mit seinem einzigartigen Ökosystem wehren – der grösste Teil wurde bereits wegen der Braunkohleförderung gerodet.**

Die Sonne weckt mich am frühen Morgen auf. Aus dem Fenster sehe ich die grünen Blätter einer Eiche, die ihre gebogenen Äste Richtung Sonne streckt. Der Boden unter mir schwankt ganz leicht, wie auf einem Schiff. Ich ziehe meinen Klettergurt an und klettere über die *Walkways* (zwei übereinander gespannte Seile zwischen den Bäumen) zum Nachbarbaumhaus, um gemeinsam mit den anderen zu frühstücken.

Ich bin in der Waldbesetzung «Hambacher Forst» im Ruhrgebiet, etwa 30 Kilometer westlich von Köln, im rheinischen Braunkohlerevier. Die Braunkohle ist der Grund, warum ich hier mit etwa 60 anderen Menschen hoch oben in den Bäumen lebe. Die Firma RWE (Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk AG, ehemals «Rheinbraun») hat 1978 angefangen, hier ein Loch zu graben, um Strom aus der Braunkohle zu gewinnen, die hier unter der Erde liegt. Heute ist das Loch etwa 10 x 10 Kilometer gross und 500 Meter tief. Mehrere Dörfer und der ihnen zugehörige Bürgerwald mussten, und sollen weiterhin dafür weichen.

Der Bürgerwald wurde vor vielen Jahren von Karl dem Grossen einem Hofsänger namens Arnold von Arnoldsweiler geschenkt. Dieser gab ihn an die anliegenden Ge-

meinden weiter, weil er von den schwierigen Lebensbedingungen in der Gegend wusste. Er galt als Geschenk Gottes, was bedeutete, dass die Anwohner:innen Reisig, Pilze und Nüsse sammeln durften und ihre Schweine hinein treiben konnten. Das Fällen von Bäumen war jedoch verboten. Deswegen ist er heute einer der letzten, urwaldähnlichen Wälder in Deutschland. Als Eichen-Maiglöckchen-Hainbuchen-Wald ist er ein einzigartiges Ökosystem, Heimat vieler verschiedener unter anderem bedrohter Tier- und Pflanzenarten. Die Bäume, die hier wachsen, sind teilweise über 500 Jahre alt. Dieser Wald existiert hier seit dem Ende der letzten Eiszeit vor 12'000 Jahren.

Doch mit dem aufkommenden Hunger nach elektrischer Energie für Fortschritt, Kapitalismus und Krieg wurde dem ein Ende gemacht. Heute «besitzt» RWE den Wald und rodet ihn jedes Jahr um

1. Bürgerwald-Konzepte sind entstanden, um sicherzustellen, dass ein Wald so bewirtschaftet wird, dass er dem Wohl der Bürger und der Daseinsvorsorge dient. In der aktuellen forstpolitischen Diskussion betonen die Bürgerwald-Konzepte teilweise zusätzlich das gemeinschaftliche Eigentum von Bürger:innen an Wäldern als weiteres Kennzeichen eines Bürgerwaldes. In diesem Sinne kann der Bürgerwald auch als Anwendungsbeispiel gemeinschaftlicher Organisation verstanden werden.

weitere 70 Hektar. Von den 5'500 Hektar ist nur noch ein Bruchteil übrig.

## Vertreibung der Bevölkerung

Um die Rodungen zu bewerkstelligen, wurden schon lange vor dem Beginn der Braunkohleminen begonnen, die Bevölkerung vor Ort zu manipulieren. Mit Methoden aus einem Buch zur Aufstandsbekämpfung zogen die Mitarbeiter:innen von RWE in die Dörfer, übernahmen wichtige Posten in den lokalen Vereinen und der Politik und bewegten als erstes die Gemeinden dazu, den Wald zu verkaufen. Als es später dann anstand, die mittelalterlichen Dörfer, die der Mine im Weg standen, «umzusiedeln», benutzten sie erneut ihre Einflüsse, um die Menschen zum Verkauf ihrer Häuser zu bringen. Wer sich dem widersetzt, wird enteignet, verliert sein Haus, sein Dorf, seine sozialen Strukturen, und kann ohne Geld woanders von vorne anfangen. Wer sein Haus verkauft, bekommt ein neues, in einem von RWE konstruierten, sterilen Dorf und mit dazu die vertragliche Pflicht, sich nicht negativ über RWE zu äussern und den Strom und die Fernwärme der Firma zu beziehen.

Die Braunkohle, die RWE dabei extrahiert, ist jedoch hoch unwirtschaftlich. Sie ist nass und um sie verstromen zu können, muss sie mit Steinkohle vermischt werden. RWE importiert die Steinkohle aus Kolumbien; die Bedingungen, unter denen sie dort gewonnen wird, sind tödlich. Ein Grossteil des Stromes, der aus dem Tagebau gewonnen wird, muss wieder in den Tagebau reinvestiert werden. Was übrig bleibt, geht an die Industrie, und nur ein Bruchteil wird in das Stromnetz für die Haushalte eingespeist.

Die Verbrennung der Braunkohle erzeugt ein Drittel der CO<sub>2</sub>-Emissionen in Deutschland. Gut ein Viertel der deutschen Stromproduktion wird aus Braunkohle gewonnen. Das steht in krassm Gegensatz zum Klimaschutzplan 2050 und den in Paris leider nicht verbindlich vereinbarten Klimazielen: Eigentlich hat die Bundesregierung beschlossen, den Treibhausgasausstoss in Deutschland bis zum Jahr 2020 um 40 Prozent und bis 2050 um 90 Prozent zu senken. Um den Klimawandel zu bremsen, bräuchten wir einen sofortigen Kohleausstieg!

Einige Leute wollen sich nicht mehr gefallen lassen, dass Konzerne und Politiker:innen unsere Welt



Jeff Wall, *Cuttings*, 2001

verheizen. Also wurde 2012 der Wald besetzt, aus der Idee heraus, jeden Tag Widerstand gegen die Zerstörung des Waldes, des Klimas, des Planeten und der Wesen, die ihn bewohnen, zu leisten.

## Das Leben im Wald

In wenigen Sekunden seile ich mich 15 Meter ab und lande auf dem Boden des Waldes. Das morgendliche *To-Do*-Plenum fängt an. Neu angekommene Menschen werden willkommen geheissen und stellen sich vor. Ankündigungen und Neuigkeiten werden mitgeteilt, wie z.B. «Heute Morgen Polizei auf der Secustrasse<sup>2</sup>.», «Nächste Woche gibts ne Soli Party für den Hambi im AZ-Köln.», «Morgen ab 12 Uhr Waldspaziergang<sup>3</sup>.», «Heute Abend trifft sich die Kritische Männlichkeitsgruppe und am Nachmittag das Pressteam.»

Danach werden die *To-Do*'s gesammelt und aufgeteilt: Wasser holen, Abendessen kochen, E-mails beantworten, einen Text für die Homepage schreiben, ein weiteres Solarpanel über einem Baumhaus bauen, Flyer drucken, Aufräumen für den Waldspaziergang, ein Klettertraining organisieren. Nach den Treffen laufe ich zum Wiesencamp. Die «Wiese» wurde von einem Steuerberater aus der Umgebung gekauft, um vor Gericht gegen die Enteignung Widerstand zu leisten. Wir dürfen sie als Basis benutzen, auf welche die Polizei nur mit Durchsuchungsbefehl darf, weil sie in Privatbesitz ist. Es gibt eine Küche, ein Gewächshaus, ein Museum, einen Free-Shop, einen Elektro-Caravan, der mit Strom aus einem Windrad versorgt wird uvm.

Ich spaziere auf ausgetretenen Pfaden durch den Wald. Seit der Frühling erwacht ist, verändert sich jeden Tag die Vegetation.

Immer gibt es etwas Neues zu entdecken. Ich fühle mich glücklich, entspannt und stark. Der Lebensrhythmus im Wald ist ein anderer als der in der von Hektik, Lärm, Beton und Oberflächlichkeit verseuchten Stadt. Doch die Lebenskraft, die hier zu spüren ist, verhindert nicht, dass die schmerzlichen Gedanken an Räumung und Rodung aufkommen. Jeden Tag könnte die Polizei hier hinein stürmen, und spätestens im Herbst werden sie es wieder tun. Sie kommen, um uns daran zu hindern, die Arbeit der schweren Maschinen zu stören, damit diese ihrer für uns alle tödlichen Arbeit des Bäume-fällens nachgehen können. Sie kommen auch, um uns mit ihren Knüppeln und ihrem Pfefferspray aus dem Wald zu vertreiben. Sie wollen unseren Widerstand unterdrücken, indem sie uns mit Gewalt und Repression einschüchtern.

Jedes Jahr, von Oktober bis Februar, in der sogenannten Rodungssaison hat RWE die Erlaubnis ca. 70 Hektar des Waldes zu roden, um den Tagebau zu vergrössern. Um das so schwer wie möglich zu machen, ketten wir uns an die Bäume, blockieren Wege und Maschinen, stellen uns in den Weg. Auch das restliche Jahr über gibt es viele Aktionen: Bahngleise werden blockiert, Maschinen sabotiert, Hauptversammlungen gestört und Demonstrationen entlang der Rodungskante gemacht. Doch wir sind nicht nur hier, um die Gewalt, die von diesem Tagebau ausgeht, zu stoppen. Wir sind auch hier, um zu zeigen und zu lernen, wie eine Welt aussehen könnte, die nicht auf der Basis von Ausbeutung gebaut ist, sondern sich an den Bedürfnissen ihrer Bewohner:innen orientiert. Wir bezeichnen uns insofern als radikal,

als dass wir die Wurzel des Problems darin sehen, dass Menschen ihrer Subsistenzmittel beraubt werden, insbesondere ihrer Entscheidungsgewalt, Dinge mitzubestimmen, die unmittelbar ihr Leben betreffen. Würde z. B. eine Bäuerin auf den Pazifischen Inseln mitbestimmen können, ob RWE weiter Kohle verbrennen sollte, wäre die Mine wohl schon längst ausgeschaltet worden, weil die negativen Folgen – in diesem Fall der Anstieg des Meeresspiegels, durch den die Bäuerin ihren ganzen Lebensraum verliert – die positiven Folgen der elektrischen Energie bei Weitem überwiegen.

Deswegen versuchen wir, bei Entscheidungen alle einzubeziehen, die von den Folgen betroffen sind und Hierarchien klein zu halten.

Wir haben offene Treffen und entscheiden im Konsens. Wir haben keine Chefs und «Verantwortlichen», sondern sind alle verantwortlich und organisieren uns selbst. Wir wollen Beziehungen aufbauen, die nicht auf Geld und Repression aufgebaut sind, sondern auf Vertrauen und Solidarität. So bekommen wir z.B. einen Grossteil des Essens und des Geldes, das wir brauchen, von Menschen, die mit uns solidarisch sind und darauf vertrauen, dass wir hier für die richtige Sache kämpfen.

## Der Widerstand

Auf der Wiese angekommen hole ich eine Ladung Essensspenden ab und bringe sie mit der Schubkarre in den Wald. Um hier zu leben, braucht man kein eigenes Geld. Von Medizin bis zu Klettermaterial besorgen wir alles gemeinsam. Im Baumhausdorf angekommen helfe ich Stämme hochzuziehen und oben in der Baumkrone einzubinden, um die neuen Solarzellen zu befestigen. Danach liege ich mit einer Freundin in *Monkeytown* in der Sonne. Vor mehreren Jahren wurden hier Baumhäuser gefällt. Jetzt gibt es eine kleine Lichtung mitten im Wald. Wir sprechen über die letzte Rodungssaison und was seitdem passiert ist. Es war das erste Mal, dass aufgrund des Widerstandes RWE nur zwei Tage lang Bäume fällen konnte. Einer der Faktoren dafür war ein Gerichtsprozess vom BUND (Bund Umwelt & Naturschutz Deutschland) gegen RWE, weil der Wald nach der Europäischen Richtlinie «Natura 2000» unter Naturschutz stehen müsste, und die vom Aussterben bedrohte Bechsteinfledermaus, die hier lebt, durch die Fällungen bedroht ist. Dann gab es im Januar eine grosse, aufwändige Barrikadenräumung. Sie hat zwei Tage und eine halbe Nacht gedauert, Menschen wurden aus Tunnels,

*Lock-On's, Tri- und Monopods* geholt und mehrere Hundertschaften und Spezialeinheiten der Polizei waren im Wald. Offiziell wurde geräumt, um die Rettungswege im Wald freizuhalten, doch das ist eine offensichtliche Lüge. Der Staat möchte die Wege frei haben, um schneller an die Baumhäuser zu kommen, um sie zu räumen und um uns besser kontrollieren zu können. Im Zuge der Räumung wurden neun Menschen in Untersuchungshaft gesteckt. Sie haben passiven Widerstand geleistet, sich auf Wege oder Konstruktionen gesetzt, um diese zu blockieren. Angeklagt werden sie wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt. Alle haben verweigert, ihre Personalien anzugeben, um nicht beim Kontroll- und Überwachungswahn der Bürokratie, in der wir leben, mitzumachen. Ein Grossteil der Menschen kam nach zwei Wochen aus der Untersuchungshaft – zwei von uns haben nach zwei Monaten einen Prozess bekommen. Um die Beiden zu unterstützen führen jede Menge Leute mit dem öffentlichen Linienbus nach Kerpen zum Gericht. Mitten in der Innenstand entführte die Polizei plötzlich den Linienbus und leitete ihn um, so dass die Passagiere nicht beim Gericht, sondern an der Polizeistation ankamen. Dort wurden alle Leute willkürlich in Aktivist:inn-en und Bürger:innen sortiert und die ersteren durchsucht und teilweise in Gewahrsam genommen. Der Prozess endete mit der Verurteilung zu 40 Tagessätzen à 10 Euro für eine Person und 6 Monaten Haft für eine andere, ausgesetzt auf 2 Jahre Bewährung.

Im März gab es dann eine zweite Barrikadenräumung. Dabei kamen zwei Menschen in Untersuchungshaft; einer von ihnen wird noch immer festgehalten.<sup>4</sup>

### Informationsarbeit

Wir machen uns auf den Weg zum Pressetreffen. Währenddessen singen wir eines der vielen Lieder, die hier im Wald gedichtet werden. Auf dem Treffen teilen wir die Interview-Anfragen auf. Meist sind es sehr verschiedene: ein Fernsehbeitrag für das WDR, ein Artikel für die TAZ, eine autonome Bloggerin aus Schweden und ein selbstorganisiertes Radio aus Süddeutschland. Wir besprechen, wer das Pressetelefon übernimmt und schauen uns fertige Reportagen an. Eine Frage, die uns immer beschäftigt, ist die folgende: *«Wie schaffen wir es mit Journalist:inn-en so zu reden, dass sie in ihren Berichten Inhalte über Klimawandel, Kapitalismus, Selbstorganisation und Direkte Aktion bringen und nicht nur darüber, wie schön es ist, auf*

*einem Baum zu leben?»* Die Presse und Vernetzungsarbeit ist ein wichtiger Teil unseres Aktivismus. Im März hat die Bezirksregierung Arnsberg den 3. Rahmenbetriebsplan von RWE und damit weitere Rodungen genehmigt. Es gab die Hoffnung, dass das aufgrund des Widerstandes der Zivilgesellschaft und des Gerichtsprozesses nicht passiert. Doch es zeigt uns einmal mehr, dass Kohleausstieg Handarbeit ist, und wir nicht auf Lösungen seitens der Politik warten können, um die Zerstörung aufzuhalten.

Dafür müssen wir Viele sein. Wir rufen also alle auf, Teil unseres Widerstandes zu werden. Dafür gibt es viele verschiedene Dinge, die du tun kannst: vorbeikommen für ein paar Tage oder für längere Zeit oder eine Aktion planen. Du kannst Infoveranstaltungen und Solidaritätsbekundungen machen, dich in den Räumungsverteiler eintragen, um im Fall der Räumung vorbeizukommen oder die Wiederbesetzung vorzubereiten. Bei dir Zuhause eine lokale Hambisupportgruppe gründen, an Gefangene schreiben oder etwas spenden. Mehr Informationen dazu und über die Besetzung im Allgemeinen findest du auf: [hambacherforst.org](http://hambacherforst.org).

Wir sind natürlich nicht die Einzigen, die den Wald beschützen und die Kohle abschalten wollen. «Ausgekohlt», das «Klimacamp»

und «Ende Gelände» rufen wieder auf vom 26. bis 28. Oktober mit einer Massenaktion zivilen Ungehorsams Kohle-Infrastrukturen von RWE zu blockieren, sich schützend vor den Wald zu stellen und sich solidarisch mit den Besetzenden zu zeigen. «Ende Gelände» schreibt:

*«Wir sind gekommen, um zu bleiben, denn es gibt keine Klimagerechtigkeit ohne den sofortigen Kohleausstieg! Und schon jetzt ist klar: eine Räumung des Hambis wird eine Protestwelle hervorrufen, die sich dieser Ungerechtigkeit in den Weg stellt, den Wald wieder zu Gemeingut erklärt und ein Ende des Kapitalismus fordert.»* ([www.ende-gelände.org](http://www.ende-gelände.org))

Karo, [www.hambacherforst.org](http://www.hambacherforst.org)

2. Eine Strasse durch den Wald, auf der die von RWE angestellten Securities patrouillieren.

3. Einmal im Monat machen zwei Naturführer:innen einen Spaziergang durch den Wald und erklären die ökologischen Besonderheiten, die Auswirkungen des Braunkohleabbaus und den Widerstand dagegen. Wir machen eine kleine Abseilshow, beantworten Fragen, essen Kuchen, trinken Kaffee mit den Besucher:inne-n. Je nach dem, ob an den Spaziergang eine Aktion angebunden ist, kommen zwischen 20 und 1'500 Menschen aus den unterschiedlichsten Lebenswelten. Vom Opa, der in der Zeitung über «gewaltbereite Ökoterroren» gelesen hat, bis zu Aktivist:nn-en aus aller Welt – für alle ist der Waldspaziergang eine gute erste Gelegenheit, die Besetzung kennenzulernen.

4. Wenn du Gefangene unterstützen willst, schreibe Briefe. Informationen dazu findest du auf: <https://abcrhineland.blackblogs.org/>.

zahlung unter dem Namen von scheinbar unabhängigen Forscher:innen in wissenschaftlichen Zeitschriften publiziert. Und sie zeigen weiter, dass die Manipulation von Forschungsergebnissen eine routinemässige angewandte Taktik ist, um Aufsichtsbehörden zu täuschen. Solche Strategien können sich auszahlen. Nur wenige Wochen nach dem Bekanntwerden der «Monsanto papers» hat die Europäische Kommission vorgeschlagen, die Zulassung von Glyphosat, Hauptbestandteil von Roundup, für weitere fünf Jahre zu verlängern.

### Glyphosat als Krebserreger

Am 27. November 2017 erhielt dieser Vorschlag die Zustimmung einer Mehrheit der EU-Mitgliedstaaten und am 12. Dezember wurde die Verlängerung der Zulassung bestätigt. Diese Episode illustriert sehr gut die verheerende Auswirkung solcher Taktiken und die grosse Einflussnahme, die Konzerne auf Zulassungsbehörden ausüben können. Es sei hier daran erinnert, dass im Jahr 2015 die Internationale Agentur für Krebsforschung (IARC) der Weltgesundheitsorganisation (WHO) Glyphosat als «wahrscheinlich krebserzeugend für den Menschen<sup>2</sup>» eingestuft hatte. Für diese Klassifizierung stützte sich die IARC auf etwa 1'000 Studien ab. Die Expert:inn-en des IARC trugen mit dieser Einstufung den Hinweisen Rechnung, dass Glyphosat bei Menschen Krebs verursacht, wie sich aus Studien mit Land- und Waldarbeiter:inne-n ergeben hatte, die bei ihrer Arbeit der Besprühung mit Roundup ausgesetzt sind. Fall-Kontroll-Studien deuten darauf hin, dass eine seltene und nicht durch andere Pestizide erklärbar Krebskrankung – Non-Hodgkin-Lymphom – bei Glyphosat-ausgesetzten Personen vermehrt vorkommt. Weiter fanden die Expert:inn-en ausreichende Indizien für Krebsverursachung bei Labor-Tieren (in zwei Fütterungsversuche mit reinem Glyphosat traten bei Mäusen seltene und teilweise bösartige Krebsformen auf) und für krebsauslösende Mechanismen von Glyphosat und glyphosathaltigen Formulierungen (d.h. für Genotoxizität<sup>3</sup> und für oxidativen Stress). Um eine vollständige Objektivität und Transparenz zu garantieren, stützt sich die IARC für ihre Abklärungen nur auf öffentlich einsehbare Studien ab, die in wissenschaftlichen Zeitschriften publiziert wurden oder aus staatlichen Quellen stammen. In der Monographie 112, die am 11. August 2016 veröffentlicht wurde, bestätigt die IARC die Einstufung von

## MONSANTO TRIBUNAL

# Die Zivilgesellschaft gegen Monsanto

**Im letzten Archipel war der erste Teil dieses Textes zu lesen, der von einem Experten geschrieben wurde, der federführend an der Verwirklichung des Monsanto Tribunals in Den Haag im Oktober 2016 beteiligt war. Der folgende zweite Teil handelt vor allem von der Zeit nach dem Tribunal.**

Eine Reihe von Entwicklungen seit dem Internationalen Monsanto Tribunal im Oktober 2016 bestätigt die Richtigkeit der im Rechtsgutachten zum Ausdruck gekommenen Besorgnisse.<sup>1</sup> Im Oktober 2017 wurde der Fall «Monsanto papers» bekannt: Im Zuge rechtlicher Ermittlungen von Gerichtshöfen in den USA wurde die breite Palette an Taktiken von Monsanto bekannt, um Kritiker:innen zum Schweigen zu

bringen – seien es gewöhnliche Bürger:innen, Wissenschaftler:innen, die sich kritisch zu gentechnisch veränderten Nahrungsmitteln äussern, oder sogar ihre eigenen Kunden, d.h. die von Monsanto's Saatgut und Pestiziden abhängigen Landwirtinnen und Landwirte. Aus den Dokumenten geht auch hervor, wie sich die Forscher:innen von Monsanto auf «ghost-writing» einliessen: Ihre Publikationen wurden gegen Be-

Glyphosat als «wahrscheinlich krebserzeugend für den Menschen» und fügt folgende Schlussfolgerung an: «Es gibt überzeugende Beweise für die Genotoxizität von Glyphosat und glyphosat-haltigen Formulierungen aufgrund von In-vitro-Studien bei Menschen und von Studien mit Versuchstieren.»

## Glyphosat im Widerstreit

Anstatt die Untersuchungen der IARC als Grundlage zu nehmen, stützt sich die Kommission auf die Schlussfolgerungen der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) und der Europäischen Chemikalienagentur (ECHA) ab. Der wesentliche Unterschied zwischen den Beurteilungen von EFSA/ECHA und IARC ist, dass EFSA und ECHA auch nicht öffentlich zugängliche toxikologische Studien von der Industrie mitberücksichtigten. In der Tat scheint es, als wären diese Daten ihre Hauptinformationsquellen. Am 15. März 2017 trat der Ausschuss für Risikobeurteilung (RAC) der Europäischen Chemikalienagentur auf Vorschlag der Deutschen Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin dafür ein, dass es aufgrund der vorhandenen Informationen keine Hinweise für einen Zusammenhang zwischen Glyphosat und Krebserkrankungen bei Menschen gibt, und dass Glyphosat nicht als mutagene oder fortpflanzungsschädigende Substanz eingestuft werden soll. Neben «publizierten Studien über Glyphosat» stützt sich diese Einschätzung auf «Originalberichte zu von der Industrie durchgeführten Studien». Dabei ist allerdings zu beachten, dass der RAC sich nur zur «GefahrenEinstufung einer Substanz» äussert, d.h. die Einstufung bezieht sich nur auf die gefährlichen Eigenschaften der Substanz. Die Wahrscheinlichkeit einer Exposition wurde nicht berücksichtigt und daher das Belastungsrisiko nicht

beurteilt. In diesem Sinne sind Methodik und Rolle des RAC nicht identisch mit derjenigen der IARC.

## Zweifelhafte Studien

Im Oktober 2015 kam auch die EFSA zum Schluss, dass es «unwahrscheinlich ist, dass Glyphosat ein Krebsrisiko für Menschen darstellt». Ihre Stellungnahme basiert auf einer Peer-Review der anfänglichen Risikobewertung für Glyphosat durch das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR), der zuständigen Behörde des berichtstastenden Mitgliedstaates Deutschland. Die Stellungnahme der EFSA veranlasste 96 unabhängige Wissenschaftler:innen, einen Offenen Brief an die Europäische Kommission zu schreiben, mit der Aufforderung, die Entscheidung der EFSA zurückzuziehen, da sie nicht den aktuellen Stand der Forschung widerspiegelt. Tatsächlich haben die Forscher:innen bemerkt, dass wesentliche Teile des Berichtes aus den Dokumenten von Monsanto kopiert waren – d.h. von dem Konzern, der den Markt für glyphosathaltige Pestizide mit seinem Kernprodukt Roundup dominiert. Wie das Europäische Parlament in seiner Resolution vom 24. Oktober 2017 festhält, wecken interne Dokumente von Monsanto «Zweifel an der Glaubwürdigkeit einiger Studien zu Roundup – sowohl von Monsanto durchgeführte wie auch vermeintlich unabhängige – die von EFSA und ECHA für die Unbedenklichkeitsbewertung von Glyphosat beigezogen worden waren». Diese internen Dokumente musste Monsanto im Rahmen eines Rechtsstreites in den USA offenlegen. Die Kläger:innen machen geltend, als Folge von Glyphosat-Exposition an Non-Hodgkin-Lymphom erkrankt zu sein.

## Versuchte Einschüchterung

Aber das ist noch nicht alles. Kurz nach dem Internationalen

Monsanto Tribunal forderte Monsanto von der «Avaaz-Foundation» in einem Antrag bei Gerichten in den USA die Herausgabe sämtlicher internen Daten über ihre Kampagne gegen den Konzern (d.h. unter anderem alle Daten betreffend Monsanto, Glyphosat, glyphosathaltigen Pestiziden und IARC). Die Anfrage wurde vorläufig abgelehnt und zum Zeitpunkt des Abfassens dieses Textes ist die Debatte noch offen<sup>4</sup> – aber bereits jetzt kann das Vorgehen als Versuch gesehen werden, eine stark abschreckende Wirkung auf alle Aktivist:innen auszuüben, die Monsanto's Vorherrschaft in der Nahrungsmittelproduktion oder seine Einflussnahme auf Regulierungsbehörden in Frage stellen.

## Hochzeit der Gift-Giganten

Die geplante Übernahme von Monsanto durch Bayer – für 66 Milliarden US-Dollar – wird zu einer weiteren Konzentrierung im Saatgut- und Agrarchemikalienmarkt führen, die Wahlmöglichkeit der Landwirt:innen noch mehr einschränken, Innovation bremsen und letzten Endes die Vielfalt auf unseren Tellern stark schmälern. Es sei daran erinnert, dass die kommerzielle Pflanzenzüchtung bis in die 1970er Jahre fast ausschliesslich in den Händen von staatlichen Stellen, Erzeugergenossenschaften oder Familienunternehmen war. In der Folge begannen mehrere vorher hauptsächlich auf Pharmaprodukte und Pflanzenschutzmittel spezialisierte Konzerne kleine Saatgutfirmen aufzukaufen, angetrieben durch die Hoffnung auf eine zukünftige Synergie zwischen Pflanzenzüchtung und Pestizidentwicklung. Während in den 1970er Jahren keine einzige Firma für sich beanspruchen konnte, auch nur 1 Prozent des globalen kommerziellen Saatgutverkaufs zu beherrschen, sind heute 60 Prozent des weltweiten Saatgut- und 70 Prozent des Pestizidmarktes in den Händen von nur sechs Herstellern. Sollte die derzeitige Runde der Firmenübernahmen erfolgreich sein (d.h. die Übernahme von Dupont durch Dow Chemicals, von Syngenta durch ChemChina und – sehr aktuell – Monsanto durch Bayer), so würden die drei verbleibenden Konzerne wesentlich mehr als 60 Prozent des Weltumsatzes für Saatgut und Pestizide dominieren – wahrhafte Giganten! Sollte es nicht auf Verlangen von Aufsichtsbehörden zu Veräusserungen im Zusammenhang mit dem geplanten Zusammenschluss kommen, würde «Baysanto» etwa ein Viertel des Weltmarktes beherrschen.

## Breiter Widerstand

Die Zivilgesellschaft ist zunehmend auf diese Themen sensibilisiert. Die am 25. Januar 2017 angemeldete Europäische Bürger:innen-Initiative «Stop Glyphosat» ruft die Europäische Kommission dazu auf, «den Mitgliedstaaten ein Verbot von Glyphosat nahezulegen, das Zulassungsverfahren für Pestizide zu reformieren und europaweit verbindliche Reduktionsziele für Pestizide fest zu setzen». Am 6. Oktober 2017 wurde die Initiative – unterschrieben von 1'070'865 Millionen Bürger:innen aus mindestens sieben Mitgliedstaaten bei der Europäischen Kommission eingereicht. Zusätzlich unterschrieben weitere 116'879 Bürger:innen die Initiative nach dem Eingabestichtag, womit die Anzahl Unterschriften auf insgesamt 1'187'744 Millionen kommt.

«Wer etwas machen will, findet einen Weg. Wer nichts machen will, findet eine Entschuldigung.» Dieses arabische Sprichwort beschreibt sehr passend die Aktivist:innen, die das Monsanto Tribunal ins Leben gerufen und viele Monate an dessen Realisierung und danach an der Verbreitung und der weiteren Verwendung der Ergebnisse gearbeitet haben. Das Internationale Monsanto Tribunal hat sich mit Indizien aus der Vergangenheit befasst – aber wie die neusten Entwicklungen zeigen, sind die behandelten Themen immer noch hochaktuell. Das Tribunal warnte uns eindringlich vor den Gefahren, die von der zunehmenden Konzentrierung der Macht in der Pestizid- und Saatgutindustrie ausgehen. Nehmen wir diese Warnung ernst!

Olivier De Schutter\*

\* Professor an der Universität von Leuven in Belgien, Sonderberichterstatter der UNO für das Recht auf Nahrung (2008 bis 2014)

Übersetzung aus dem Englischen: Esther Gerber, Zwischentitel: Archipel

Zusätzliche Informationen: [www.monsantotribunal.org](http://www.monsantotribunal.org)

1. Das Rechtsgutachten der Richter:innen kann auf <http://de.monsantotribunal.org/> eingesehen werden.
2. Kategorie 2A; Einstufung entsprechend internationaler Richtlinien, basierend auf den verfügbaren wissenschaftlichen Grundlagen.
3. Wirkung von chemischen Stoffen, die Änderungen im genetischen Material von Zellen auslösen.
4. Inzwischen hat im Februar 2018 das Oberste Gericht des US-Staates New York angeordnet, dass sämtliche interne Daten des Kampagnen-Netzwerks Avaaz über seine Glyphosatkampagne dem Konzern übergeben werden müssen – jede private E-Mail, Notiz oder Aufzeichnung, in denen Monsanto erwähnt wird. Avaaz hat dagegen Berufung eingelegt und sammelt Spenden, um in den juristischen Kampf gegen Monsanto zu ziehen.

## ABONNEMENT

- Ich abonniere «Archipel» und überweise für ein Jahresabonnement den Betrag von 60 sFr, 40 Euro auf Konto:  
**Schweiz:** Europäisches BürgerInnenforum PC 40-8523-5  
**Deutschland:** Europ. Kooperative, Raiffeisenbank, Malchin, BLZ 15061698, Konto 201084194 Vermerk: Archipel oder EBF  
**Österreich:** Konto EBF, Posojilnica-Bank, Eisenkappel, IBAN: AT70 3910 0000 0805 5451, BIC: VSGKAT2K

- Ich bestelle ..... Exemplare von Archipel zum Vertrieb
- Senden Sie 3 Nr. probeweise an beiliegende Adresse

Name ..... Vorname .....

Strasse .....

PLZ ..... Ort ..... Land .....

Mail .....